

FORUM

Nr. 4 | 2011

Zeitschrift des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes NRW



Tag des Paritätischen NRW 2011 Sozialpolitik als Zukunftssicherung

Editorial	3
Tag des Paritätischen NRW	
Vorsorgende Sozialpolitik als Zukunftssicherung	4
Fachforen	
1 Teilhabeorientierte Pflege – pflegeorientierte Teilhabe	6
2 Kinderschutz nachhaltig ausgestalten: Das Bundeskinderschutzgesetz auf dem Prüfstand .	7
3 Interkulturelle Öffnung: Herausforderung und Chance	8
4 Sozialer Arbeitsmarkt oder Sozialdarwinismus?!	9
Aus dem Verband	
Sehen was Andere nicht sehen: Ausstellung beim Paritätischen	10
Paritätischer NRW kooperiert mit Stifter-helfen.de	
Der letzte Zivi – Jetzt Plätze für Freiwillige melden!	
Die Pflege als attraktiven Arbeitsplatz positionieren	11
Frauen in Führung: Fortsetzung der Fachtagung im Juli 2012	
Junge Flüchtlinge und Flüchtlingskinder einbeziehen	
Notfallmappe für Menschen mit Demenz im Krankenhaus	12
Demenz: Modellprojekte in die Fläche bringen	
Erstmals selbsthilfefreundliches Krankenhaus ausgezeichnet	
Menschen mit Behinderung	
Inklusion „von vorne“ denken	13
Ausbildung	
Neue Lehrstellen für benachteiligte Jugendliche	14
Quartiersentwicklung	
Den Quartiersgedanken stärken	15
Politik im Gespräch	16
Kurz notiert	17
Jubiläen	18
Neu im Paritätischen	19
Lauter Leute	
Impressum	



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

„Vorsorgende Sozialpolitik als Zukunftssicherung“ ist der Bericht über unsere Mitgliederversammlung 2011 in diesem Heft überschrieben. Und auch nach der Mitgliederversammlung liegen die sozialpolitischen Themen auf dem Tisch:

- Sozialminister Guntram Schneider erläuterte Anfang Dezember anhand aktueller Zahlen die wachsende Einkommensungleichheit, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die wachsende Überschuldung in NRW.
- Der Hauptgeschäftsführer unseres Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, stellte ein paar Tage später den „Bericht zur regionalen Armutsentwicklung 2011“ vor. Zentrale Befunde: Armut bleibt seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. In NRW ist ein deutlich negativer Trend in der Armutsgefährdung zu erkennen. Das Ruhrgebiet kristallisiert sich als besondere Problemregion heraus.
- Die längst überfällige Reform der Pflegeversicherung mit einem deutlich höheren Finanzbedarf als der angekündigten eine Milliarde Euro sei hier als ein weiteres Beispiel für viele dringend zu bearbeitender Aufgaben genannt, die eine vorsorgende Sozialpolitik in Angriff zu nehmen hätte.
- Die Schuldenbremse verlangt bis 2016 bzw. 2020 ausgeglichene Haushalte. In kurzer Zeit muss über alle Gebietskörperschaften eine gewaltige Konsolidierung realisiert werden. Mit der Förderung der armen Kommunen in NRW hat das Land einen richtigen und wichtigen Schritt getan. Doch auch diese Förderung ist an hohe Sparvorgaben gebunden, die wichtige Kettenglieder in kommunalen Präventionsketten gefährden.



Hermann Zaum

Eine vorsorgende Sozialpolitik muss und wird sich daran erweisen, wie die anstehende Konsolidierung der Haushalte gestaltet wird. Der sozialpräventive Politikansatz der Landesregierung wie auch die kommunale Sozialpolitik werden sich an den Haushalten 2012/13 und folgende messen lassen müssen. Und: Wer den Mut nicht aufbringt, deutlich und nachhaltig die Einnahmeseite, nämlich Steuererhöhung aufzurufen, wird wohl um Sozialkürzungen nicht herum kommen. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich beginnt bei den Startbedingungen. Ein Großteil der Kinder gehen leer aus beim Erbenroulette um Billionen Euro in den kommenden Jahren. Eine effektive Besteuerung von Erbschaften wäre auch ein Beispiel für eine mutige, weil wenig populäre Zukunftssicherung. Auch die Landespolitik hat Gewicht auf der Bundesebene.

„Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungerechtigkeit zu beheben. Kaum jemand sagt starker Staat, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint“.

Prof. Dr. H. Prantl

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre bei den weiteren aktuellen Themen in diesem Heft.

Hermann Zaum
Landesgeschäftsführer



Im Gespräch beim Tag des Paritätischen (v. li.): Cord Wellhausen, Prof. Dr. Heribert Prantl, Hermann Zaum

Vorsorgende Sozialpolitik als Zukunftssicherung

Beim Tag des Paritätischen NRW hielt Prof. Dr. Heribert Prantl ein Plädoyer für den Sozialstaat

„Niemanden zurücklassen!“ Das Leitmotiv zog sich wie ein roter Faden durch Mitgliederversammlung und Fachforen beim Tag des Paritätischen NRW 2011. Rund 500 Vertreter/-innen aus Mitgliedsorganisationen beteiligten sich an den fachlichen Diskursen, verfolgten gebannt den Vortrag von Prof. Dr. Heribert Prantl und wählten einen neuen Landesvorstand.

Von Pflicht und Kür im Sozialstaat: Prof. Dr. Heribert Prantl begeisterte die rund 500 Gäste am Tag des Paritätischen NRW am Freitag, 18. November 2011, in der Wuppertaler Stadthalle mit seiner engagierten Rede. Wer auf Kosten von Integration und vorsorgender Sozialpolitik spare, betreibe nicht Zukunftssicherung, sondern Zukunftszerstörung, betonte Prantl (Chefredaktion Süddeutsche Zeitung). Wenn eine Landesregierung diese Zukunft sichern wolle, dürfe ihr ein Landesverfassungsgericht nicht in den Arm fallen, klagte Prantl mit Blick auf den für verfassungswidrig erklärten NRW-Nachtragshaushalt 2010 an. Richter seien nicht automatisch die besseren

und klügeren Politiker. „Politik braucht einen finanziell fürsorglichen Spielraum, den ihr ein Gericht nicht nehmen darf – es sei denn, die Politik nutzt diesen Spielraum für Jux und Tollerei. Das war aber nicht der Fall“, so Prantl.

Kein sozialistischer Restposten

Eine Umverteilung von oben nach unten zum Zweck der sozialen Grundsicherung und zur Herstellung annähernd gleicher Chance sei kein sozialistischer Restposten und kein „Sozial-Klimbim“, sondern demokratisches Gebot, so Prantls Plädoyer. Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen, nahm er Bezug auf die Verfassung der Schweiz und

bedauerte zugleich, dass die Stärke eines Volkes in der Realität zumeist an völlig anderen Faktoren bemessen werde. „Kaum jemand redet von der Stärke eines Volkes, wenn es darum geht, menschenwürdige Mindestlöhne durchzusetzen. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungerechtigkeit zu beheben. Kaum jemand sagt starker Staat, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint“, resümierte Prantl und blickte nach vorn: Dem Land werde es dann gut gehen, wenn die Politik beim Wort starker Staat an eine starke Sozial- und starke Bildungspolitik denke.



Birgit Stegen-Sischka, Kassenprüferin



Rund 500 Gäste füllten die Wuppertaler Stadthalle



Dr. Volker Bandelow, Sprecher der Zählkommission



Simultane Übersetzung durch die Gebärdendolmetscherin



Wahlen zum Landesvorstand



Prof. Dr. Heribert Prantl

Lebensperspektiven für alle

„Niemanden zurücklassen!“, griff Cord Wellhausen in seinem Statement das Leitmotiv des Tages auf und forderte Lebensperspektiven für alle Menschen in NRW, aus allen Generationen, unabhängig von ihrer Herkunft. Soziale Initiativkräfte müssten gestärkt werden, um das gesellschaftliche Zusammenleben zu verbessern, stellte der Landesvorsitzende des Paritätischen NRW heraus. Der Paritätische warnt seit Jahrzehnten vor den gesellschaftlichen Auswirkungen von Armut und Ausgrenzung in Folge kurzfristiger Sparpolitik.

Chancengleichheit und Integration standen auch im Mittelpunkt der Fachforen im Rahmen des Tag des Paritätischen NRW. Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit diskutierten aktuelle sozialpolitische Themen:

- Teilhabeorientierte Pflege – Pflegeorientierte Teilhabe (siehe Seite 6)

- Kinderschutz nachhaltig ausgestalten: Das Bundeskinderschutzgesetz auf dem Prüfstand (Seite 7)
- Interkulturelle Öffnung: Herausforderung und Chance (Seite 8)
- Sozialer Arbeitsmarkt oder Sozialdarwinismus?! (Seite 9)

Neuer Landesvorstand gewählt

Am Nachmittag wählte die Mitgliederversammlung den neuen Vorstand des Paritätischen NRW, ihm werden auch in Zukunft 15 Mitglieder angehören. Neu gewählt bzw. im Amt bestätigt wurden (in alphabetischer Reihenfolge):

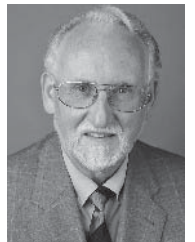
- Fatma Aytulun
- Hans-Georg Crone-Erdmann
- André Hering
- Jürgen Kern
- Klaus-Peter Schäfer
- Elke Schmidt-Sawatzki
- Dr. Michael Weber
- Cord Wellhausen
- Jürgen Wittmer.

Die Amtszeit der 2009 gewählten Vorstandsmitglieder läuft bis 2013:

- Dr. Thomas Hambüchen
- Marianne Hürten
- Cornelia Kavermann
- Dr. Georg Scholz,
- Angela Siebold
- Suzan Ugursoy

Banaschak im Ehrenrat

In den Ehrenrat des Paritätischen NRW wählte die Mitgliederversammlung Hans-Jürgen Banaschak. Der Landesvorsitzende Cord Wellhausen gratulierte ihm zur Wahl und nutzte die Gelegenheit, dem Ehrenrat – insbesondere Sprecherin Brigitte Mangen und Sprecher Dr. Hans Küsel – für ihre geleistete Arbeit und ihr Engagement herzlich zu danken.



Hans-Jürgen Banaschak



Der Landesvorstand des Paritätischen NRW beim Tag des Paritätischen NRW (v. li): Cornelia Kavermann (stellv. Landesvorsitzende), Hans Georg Crone-Erdmann, Marianne Hürten, Jürgen Wittmer, Dr. Thomas Hambüchen, Fatma Aytulun, Jürgen Kern, Angela Siebold, André Hering, Elke Schmidt-Sawatzki (stellv. Landesvorsitzende), Dr. Michael Weber, Klaus-Peter Schäfer, Hermann Zaum (Landesgeschäftsführer) und Cord Wellhausen (Landesvorsitzender). Nicht im Bild: Dr. Georg Scholz und Suzan Ugursoy.

Weitere Informationen

- Reden Vorstand und Kassenprüfer
- Impulsreferat Prof. Dr. Heribert Prantl
- ausführlicher Online-Jahresbericht

sind auf der Internetseite des Paritätischen NRW zu finden.

www.paritaet-nrw.org > Über uns



v. li.: Horst Ladenberger, Wilhelm Imorde, Volker Schubach, Prof. Dr. Sabine Bartholomeyczik, Klaus Lachwitz



Klaus Lachwitz, Präsident Inclusion International und ehem. Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Lebenshilfe



150 Gäste besuchten das Fachforum

Teilhabe in der Pflege sichern

Fachlicher Diskurs über die Zusammenarbeit von Eingliederungshilfe und Pflege

Die UN-Behindertenrechtskonvention zielt auf die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung – auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Im Fachforum „Teilhabeorientierte Pflege – pflegeorientierte Teilhabe“ diskutierten Teilnehmer/-innen aus Eingliederungshilfe und Pflege über Entwicklungspotenziale und notwendige verbindliche Leistungen für die künftige Zusammenarbeit.

„Wer Teilhabe will, sucht Wege, wer sie verhindern will, sucht Begründungen“, mit diesen Worten begrüßte Norbert Zimmering, Sprecher des Facharbeitskreises Vollstationäre Pflege, die Anwesenden. Er plädierte für eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Wertschätzung von Eingliederungshilfe und Pflege, um die Lebenssituation betroffener Menschen besser erfassen und Hindernisse auf dem Weg zur Inklusion gemeinsam beseitigen zu können. Zimmering betonte, dass Menschen mit Behinderung, die in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe leben, nicht aus dieser Gemeinschaft herausgerissen werden dürften, nur weil sie pflegebedürftig sind. In der Podiumsdiskussion bekräftigten Horst Ladenberger (Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln), Wilhelm Imorde (Lebenshilfe Wohnstätten, Bielefeld) und Volker Schubach (Das Dach – Verein für psychosoziale Hilfen, Detmold) als Vertreter verschiedener Mitgliedsorganisationen diese Forderung.

Multidisziplinäre Teams einsetzen

Klaus Lachwitz zeigte in seinem Vortrag eine weitere Perspektive auf. Als Präsident von Inclusion International und ehemaliger Geschäftsführer der Bundesvereinigung

der Lebenshilfe war er am Entstehen der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) beteiligt. Mit Blick auf ihre Entwicklung erläuterte Lachwitz, dass Pflege ein Teil des Rechts auf Gesundheit (Art. 25 BRK) und des Rechts auf Habilitation und Rehabilitation (Art. 26 BRK) ist. Sein Fazit: „Zur Umsetzung von Teilhabe in beiden Fachbereichen benötigen wir multidisziplinäre Teams und ein gemeinsames Konzept, damit die unterschiedlichen Berufsgruppen angemessen und unabhängig von Hierarchien zusammenwirken können.“ In der Gesprächsrunde zeigte sich, dass es in der Praxis bereits eine Annäherung der Professionen gibt, aber auch einen großen Bedarf an kompetentem Fachpersonal.

Sozialgesetzbücher zusammenführen

In ihren Ausführungen zum Pflegebegriff betonte Prof. Dr. Sabine Bartholomeyczik von der Universität Witten/Herdecke die Gleichrangigkeit von Pflege und Teilhabe. Zudem plädierte sie für eine Verzahnung der zuständigen Sozialgesetzbücher im Sinne der Menschen, die bedarfsgerechte Hilfen und Pflege benötigten. Damit knüpfte sie an die Aussage von Klaus Lachwitz an, der empfahl, die Pflegekasse zu einem weiteren Rehabilitationsträger im Sinne des

SGB IX zu machen: „Dies hätte zum Vorteil, dass das Persönliche Budget auf Leistungen in der Eingliederungshilfe und Pflege anwendbar wäre“, erklärte er. Während der Diskussion wurde nochmals deutlich, wie negativ sich die „künstliche“ Trennung beider Fachbereiche im Arbeitsalltag vieler Einrichtungen auswirkt.

Die Menschen im Blick behalten

In seiner Schlussrede äußerte Rainer Bücher, stellvertretender Facharbeitskreissprecher Wohnen für Menschen mit Behinderung in Westfalen-Lippe, dass sich alle auf der Fachtagung angestoßenen Konzepte immer mit folgenden Fragen auseinandersetzen müssten: Was nützen diese Konzepte dem Menschen und seiner Lebensqualität? Werden all seine Ressourcen und Möglichkeiten betrachtet?

Es herrschte Einigkeit bei den Teilnehmenden, dass es Aufgabe des Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen ist, Eingliederungshilfe und Pflege innerverbandlich näher zusammenzubringen, den Grundsatz ambulant vor stationär sowie die Quartiersarbeit zu verstärken und es große Chancen gibt, den sozialpolitischen Prozess aktiv mitzugestalten.

Susanne Stromberg

Guter Impuls für das Wohl des Kindes

Neues Bundeskinderschutzgesetz auf dem Prüfstand

Nach zähem Ringen um die Ausgestaltung des Bundeskinderschutzgesetzes ist nach dem Scheitern im Bundesrat nun eine Schleife über den Vermittlungsausschuss notwendig. Ob es, wie vorgesehen, zum 1. Januar 2012 in Kraft treten kann, ist damit offen.

Lange hat die Bundesregierung gebraucht, um es auf den Weg zu bringen, jetzt ist es – fast – vollbracht. Nachdem der erste Anlauf als Alleingang der damaligen Ministerin von der Leyen nach zwei Jahren 2009 spektakulär gescheitert war, ist es im zweiten Anlauf gelungen. Nicht zuletzt wegen der frühzeitigen Einbindung der Verbände liegt nun ein Bundeskinderschutzgesetz vor, das aus Sicht der Fachwelt einen wichtigen Schritt für die Verbesserung des Kinderschutzes bedeutet. Warum, das wurde am Tag des Paritätischen NRW im Rahmen des Fachforums „Kinderschutz nachhaltig ausgestalten“ skizziert. Als Referenten waren der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes NRW, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke, und der Referent für Jugendhilfe des Paritätischen Gesamtverbandes, Norbert Struck, zu Gast.

Unstrittiges Herzstück: Kooperation

Im mit rund 100 Gästen bis auf den letzten Platz besetzten Forum rief Norbert Struck den Ausgangspunkt für den Gesetzgeber in Erinnerung: die gesetzliche Regelung für die Datenweitergabe

durch Geheimnisträger zum Schutz von gefährdeten Kindern, etwa von Arztpraxen oder Schulen, an das Jugendamt. Diesen Kerngedanken bildet nun das neue Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) ab. Es ist das zentrale Element des Bundeskinderschutzgesetzes. „Der kooperative Kinderschutz versteht den Schutz des Kindes als gesellschaftliche Aufgabe und nimmt neben der Jugendhilfe auch Eltern, Schule und Gesundheitswesen mit in die Verantwortung. Kooperativer Kinderschutz – das bedeutet Pflichten für alle Beteiligten“, verdeutlichte Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke.

Streitbares: Alles, was kostet

Neben dem in allen Lagern unstrittigen Ziel, funktionierende und verlässliche Strukturen zum Kinderschutz zu etablieren, gehen die Meinungen dort auseinander, wo Finanzierungsfragen berührt sind. „Die Umsetzung des Gesetzes wird sicher teurer als erwartet. Nach drei Jahren aber ist der Bund raus aus der Finanzierung und die Länder fürchten, dass sie auf den Kosten sitzen bleiben“, so Struck. Ein Streitthema im Gesetzgebungsverfahren war zum Beispiel die Frage, wer die Familienhebammen bezahlt, die (werdenden) Eltern in schwierigen Lebenslagen künftig länger zur Seite stehen sollen. Die Gesetzliche Krankenversicherung? Die Kinder- und Jugendhilfe? Der Bund? Vor allem Zeit dürfte die im Kinder- und Jugendhilfegesetz geplante Qualitätsentwicklung kosten. „Der Anspruch ist grundsätzlich richtig, die vorgesehene Umsetzung schwierig“, lautet das Fazit von Norbert Struck. Martin Künstler vom Paritätischen NRW sieht nur eine Alternative: „Um zu verhindern, dass überall auf örtlicher Ebene das Rad neu erfunden wird, müssen frühzeitig Rahmenvereinbarungen zur Qualitätsentwicklung auf



Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke



Norbert Struck



100 Gäste verfolgten die Diskussion zum Bundeskinderschutzgesetz

Landesebene getroffen werden.“ Im Wesentlichen um diese Punkte kreiste die anhaltende Kritik der Fachleute, die nun auch die Anrufung des Vermittlungsausschusses notwendig macht.

Aufreger in der Praxis

Viele Praktiker/-innen im Fachforum beschäftigen vor allem zwei weitere Änderungen im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII, Artikeln 8a+b sowie 72a). Im Artikel 8a geht es um die Beurteilung einer möglichen Kindeswohlgefährdung: Bei der hier durch die Einrichtung hinzuzuziehende „insoweit erfahrene Fachkraft“ wird nach wie vor die Qualifikation diskutiert – und wer sie zur Verfügung stellt. Ein echter Aufreger findet sich im Zusammenhang mit Artikel 72a: Im Zuge des Tätigkeitsausschlusses einschlägig vorbestrafter Personen in der Betreuung, geht es hier um die Verpflichtung von nebenberuflich und ehrenamtlich Tätigen, ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen. Wer genau ein solches Zeugnis vorlegen muss und wer die Kosten dafür trägt, müssen die freien Träger individuell mit dem Jugendamt klären – ein mitunter mühsames Unterfangen.

Trotz aller Kritik: „Das Gesetz an sich ist wichtiger als die Details darin. Wir brauchen jetzt diesen Impuls“, fasste Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke vom Kinderschutzbund versöhnlich zusammen.

Das Gesetz im Überblick

Artikel 1: Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)

Artikel 2 + 3: Änderungen in anderen Gesetzen; im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VII), im Gesetz zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) und im Schwangerschaftskonfliktgesetz

Artikel 4, 5 + 6: Evaluation, Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt und In-Kraft-Treten

Integrationszentren: Freie Träger stärker einbinden

Das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz bildete einen Schwerpunkt in der Diskussion

Mehr Rechte für Migrantinnen und Migranten, die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und die Einrichtung von kommunalen Integrationszentren sieht das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz vor, das zum 1. Januar 2012 in Kraft treten soll. Beim Tag des Paritätischen NRW stellte Anton Rütten, Abteilungsleiter im MAIS NRW, das Gesetz vor.

Ein alter Koffer auf dem Podium stand für die Sprachen und Gebräuche, die Migrantinnen und Migranten im Laufe der Jahrzehnte nach Deutschland mitgebracht haben. Wer davon profitieren will, muss den Koffer öffnen: durch innovative Programme, Dialog zwischen den Kulturen und vielleicht auch durch das geplante Teilhabe- und Integrationsgesetz (TIG). „Das neue Gesetz geht jeden an“, betonte Anton Rütten, Abteilungsleiter Integration im NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

14 Millionen Euro für die Umsetzung
Das TIG ist ein Artikelgesetz, das heißt, existierende Landesgesetze sollen geändert und so die Rechte von Migrantinnen und Migranten gestärkt werden. Ebenfalls gewollt ist ihre bessere Einbindung ins öffentliche Leben. Daneben sollen Migrantenorganisationen mehr Geld erhalten und das Land will mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung einstellen. „Wir wollen eine Verwaltung, die die Bevölkerung widerspiegelt“, umriss Rütten das Ziel. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren werde zurzeit erprobt. Ein weiterer zentraler Aspekt des TIG ist die Einrichtung von 54 kommunalen Integrationszentren (KIZ). Diese sollen durch den Zusammenschluss der regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA, bisher 27) mit

dem Landesprogramm KOMM-IN entstehen. Zum Schluss nannte Rütten die Summe, über die 2012 für die Umsetzung verfügt werden kann: 14 Mio. Euro.

Bei Integrationszentren nachbessern

Karin Montermann und Kenan Küçük, Facharbeitskreissprecher Migration beim Paritätischen NRW, begrüßten das neue Gesetz. „Endlich wird Recht, was wir schon lange fordern.“ Dann folgte deutliche Kritik: „Mit den RAAs übernimmt ein kommunaler Träger die Verantwortung, der selber noch seine interkulturelle Befähigung nachweisen muss“. Auch sei der Ton des Gesetzes nicht verpflichtend genug und die freien Träger müssten stärker mit eingebunden werden. „Hier muss nachgebessert werden,“ forderte Montermann. Das Publikum fasste ebenfalls nach: „Was ist mit Flüchtlingen?“ oder „Werden ausländische Abschlüsse jetzt schneller anerkannt?“ Das müsse auf Bundesebene geklärt werden, antwortete Rütten, erst dann könne NRW mit einer Gesetzesänderung nachziehen.

Nachholbedarf in der Praxis

Im zweiten Teil des Fachforums ging es um die Praxis interkultureller Arbeit in den Vereinen. Vor drei Jahren fragte Umut Ezel für die Gesundheitsselbsthilfe NRW nach: Wie viele Migrantinnen und Migranten erreichen wir? So gut wie keine, so lautete die ernüchternde Antwort. „Durch unser

Projekt mit Fokus auf türkischstämmige Krebskranke sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt sensibilisiert“, zog Ezel nun positive Bilanz. Helga Räder (Fachreferentin Tageseinrichtungen für Kinder) startete zu Beginn ihrer interkulturellen Arbeit eine Umfrage. „Bei uns gibt es keine Migrantinnen und Migranten“, meldeten viele Einrichtungen zurück. Räder hakte nach und fand heraus: Mehr als ein Drittel der Kinder hat einen Migrationshintergrund, spricht aber gut deutsch. „Untersuchungen zeigen, dass nur 10 Prozent wirklich schlecht deutsch sprechen,“ erklärte Kenan Küçük. Er kam vor 31 Jahren nach Deutschland. Der Verein, den er vor 26 Jahren gründete, ist heute das Multikulturelle Forum Lünen. Dessen interkulturelle Arbeit gilt als vorbildlich, ebenso wie die des Pädagogischen Zentrums (PÄZ) in Aachen. „In unserem Haus werden mehr als 20 Sprachen gesprochen,“ so Küçük. Karin Montermann ergänzte für das PÄZ: „Wir haben bewusst Menschen mit Migrationshintergrund auf leitenden Positionen eingestellt.“

Vorsicht Vielfalt

Zuletzt brachte Moderatorin Ulrike Werthmanns-Reppekus mit ihrem Abschiedsgeschenk die Podiumsgäste zum Schmunzeln: „Vorsicht Vielfalt!“ stand auf dem Brillenputztuch. Damit für den interkulturellen Durchblick stets gesorgt ist.

Christine Denda



Ulrike Werthmanns-Reppekus, Fachgruppenleiterin im Paritätischen NRW, moderierte das Fachforum.



Rund 100 Teilnehmer/-innen folgten den lebhaften Diskussionen auf dem Podium – und diskutierten kräftig mit.



Im Gespräch: Karin Montermann, Facharbeitskreissprecherin und Anton Rütten, Abteilungsleiter MAIS NRW

Schwierige Zeiten für den Sozialen Arbeitsmarkt

Nur wenige Verschlechterungen konnten verhindert werden

Über den Status quo in der Arbeitsmarktförderung, die Situation von Langzeitarbeitslosen und die Schwierigkeiten von Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern diskutierten fünf Expertinnen und Experten mit mehr als 150 Gästen im Fachforum „Sozialer Arbeitsmarkt oder Sozialdarwinismus?!“

„Aktive Arbeitsmarktpolitik ist mühsam. Wer schon lange in der Grundsicherung hängt, wer älter als 55 Jahre ist, ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss, der hat es schwer. Diese Menschen profitieren nicht vom Aufschwung.“ Mit diesem Zitat des Chefs der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise eröffnete Werner Lüttkenhorst vom Paritätischen NRW das Forum, das mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung sowie Dienstleistern der Arbeitsmarktförderung alle wesentlichen Akteure des Themenfeldes zusammenbrachte. Eben für diese auch vom BA-Chef benannte Gruppe von Menschen, in NRW rund 100 000, ist der Soziale Arbeitsmarkt mitunter die letzte Rettung.

Möglichst nah an Normalarbeit

Dr. Peter Bartelheimer vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen betonte, dass der Soziale Arbeitsmarkt nur als letztes Mittel für Langzeitarbeitslose eingesetzt werden dürfe und sie zuvor möglichst arbeitsmarktnah gefördert werden müssten. Denn für die Förderung gilt: „Je näher an Normalarbeit, desto besser das Teilhabeergebnis.“ Deshalb sollten auch Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt wertschöpfend, tariflich oder ortsüblich entlohnt und voll sozialversicherungspflichtig sein. Eine Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt müsse stets gegeben sein. Dort jedoch, wo ein solcher Übergang nicht zu schaffen sei, müsse auch der „Aufstieg“ in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis im Sozialen Arbeitsmarkt möglich sein, so Bartelheimer, der dabei den öffentlichen Dienst ins Spiel bringt.

Bundespolitik hält an Kurs fest

Natürlich braucht es für solche Bemühungen den entsprechenden politischen Rahmen. Und der ist durch den Sparkurs des Bundes und das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen (Instrumentenreform), nicht gerade komfortabler

geworden. Die guten Ansätze der Großen Koalition, so Dr. Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverband, würden zunichte gemacht. So seien mit dem Instrument der Jobperspektive erstmals unbefristete wertschöpfende Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt etabliert worden. Die aktuelle gesetzliche Änderung schreibt jedoch ab 2012 erneut eine Befristung auf zwei Jahre vor.

Zwar habe der Paritätische auf Bundesebene und regional massiv für Verbesserungen im Gesetzesvorhaben gekämpft, unter anderem mit einem von mehr als 3 100 Fachleuten unterzeichneten arbeitsmarktpolitischen Appell. Seine nüchterne Erkenntnis lautet jedoch: „Wir haben viel mit der Politik geredet, aber nur wenige Verschlechterungen verhindern können.“ Selbst Barbara Molitor vom NRW-Arbeitsministerium zeigte sich enttäuscht vom Bundeskurs, nachdem ein von NRW und anderen Ländern eingebrachtes Positionspapier für einen marktnahen und nachhaltigen Sozialen Arbeitsmarkt keine Berücksichtigung im Bundesgesetzverfahren gefunden hatte.

Trägern wird Wasser abgegraben

Wie der Paritätische halten auch die kritischen Landesregierungen die Finanzierung über einen Passiv-Aktiv-Transfer für geboten: die Trennung der Lohnkostenzuschüsse für Beschäftigte im Sozialen Arbeitsmarkt von den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktförderung und stattdessen der Einsatz passiver Mittel (Geld für Unterkunft und Arbeitslosengeld II). Doch das ist bislang nur ein frommer Wunsch, harte Realität hingegen ist die Fortsetzung des Sparkurses. Wie der sich in Zahlen ausdrückt, erklärte Johannes Pfeiffer von der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit: 980 Mio. Euro weniger für arbeitsmarktpolitische Instrumente 2012 in NRW, ein Minus von 16,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



(V. li.) Dr. Joachim Rock, Johannes Pfeiffer, Werner Lüttkenhorst, Barbara Molitor, Dr. Peter Bartelheimer

Trägern und Langzeitarbeitslosen ohne Perspektive werde dadurch das Wasser abgegraben, sagte Julian Beywl, ASH-Sprungbrett-Geschäftsführer und Sprecher des Facharbeitskreises Arbeit und Qualifizierung. Bereits 2011 hätten massive Einbrüche in den Auftragsbüchern der Arbeitsmarktträger zu erheblichen personellen und finanziellen Schwierigkeiten geführt. Mit den beschlossenen Kürzungen werde die Konzentration der Anbieter auf große Qualifizierungskonzerne fortgesetzt, kleinere Träger mit Angeboten für spezielle Zielgruppen blieben auf der Strecke. Weil weder ausreichend Mittel für Arbeitsgelegenheiten noch für Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, würden die Möglichkeiten für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und für gesellschaftliche Teilhabe für Langzeitarbeitslose massiv eingeschränkt, so Beywl. Das sind weder rosige Aussichten für Langzeitarbeitslose noch für Träger der Beschäftigungsförderung im Paritätischen.



Helga, eine der Künstlerinnen, vor ihrem Bild.

Sehen was Andere nicht sehen: Ausstellung beim Paritätischen

Für den Einblick in die besondere Lebenswelt von Menschen mit Autismus dankte Cord Wellhausen, Landesvorsitzender des Paritätischen NRW, anlässlich der Ausstellungseröffnung am 23. September 2011. Sehen was Andere nicht sehen: Die Ausstellung von 14 Künstlerinnen und Künstlern mit Autismus kann noch bis zum 23. März 2012 in den Räumen des Paritätischen NRW in Wuppertal besichtigt werden.

„Kunst als Vermittlerin des Unaussprechlichen“: Für Thomas Röhl, Geschäftsführer der Pflege- und Lebensgemeinschaft Wuppertal (PLG), hat das Goethe-Zitat eine besondere Bedeutung. Viele der 45 Bewohner der PLG, meist schwerstbehinderte Erwachsene mit Autismus, können nicht oder nur eingeschränkt sprechen. Mit den in der Ausstellung gezeigten Bildern können sie auf ihre Weise Kontakt aufnehmen.

Der Künstler und Therapeut Wijnand Kollwijn arbeitet seit vielen Jahren mit der PLG und den dort lebenden und betreuten Menschen mit Autismus zusammen. Die kunstpädagogischen und kunsttherapeutischen Angebote sind fester Bestandteil der Arbeit der PLG, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW. Die Ausstellung in der Landesgeschäftsstelle des Verbandes in Wuppertal ist für alle Bürgerinnen und Bürger offen.

Adresse: Der Paritätische NRW, Loher Str. 7, 42283 Wuppertal

Dauer der Ausstellung: bis 23. März 2012
Öffnungszeiten: montags–donnerstags 9–17 Uhr, freitags 9–15 Uhr

www.paritaet-nrw.org



Paritätischer NRW kooperiert mit Stifter-helfen.de

Das IT-Spendenportal Stifter-helfen.de – IT for Nonprofits führt ab sofort mit dem Paritätischen NRW ein vereinfachtes Registrierungsverfahren ein. Damit haben die 3 000 gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen des Landesverbandes einfacheren Zugang zum Produktspendenangebot auf Stifter-helfen.de. Über das Portal erhalten gemeinnützige Organisationen Zugang zu über 275 IT-Produktspenden verschiedener Hersteller wie Adobe, Microsoft oder SAP. Die gemeinnützigen Organisationen entrichten lediglich eine geringe Verwaltungsgebühr und sparen so zwischen 90 und 96 Prozent des marktüblichen Verkaufspreises. Seit dem Start der Spendenplattform im Oktober 2008 spendeten die beteiligten IT-Unternehmen über 180 000 Produkte. Mehr als 5 000 gemeinnützige Organisationen erzielten dadurch Einsparungen von 46 Mio. Euro. Der Zugang zu den Software-Spenden erfolgt über ein Portal, das zunächst eine Registrierung der Organisation verlangt.

Um seinen Mitgliedsorganisationen den Prozess zu erleichtern, hat der Paritätische NRW über das passwortgeschützte Extranet einen vereinfachten Zugang programmiert. Nachdem mit einem Klick das Einverständnis erklärt wurde, übernimmt das Registrierungsportal von Stifter-helfen.de automatisch die notwendigen Daten (Name, Anschrift der Organisation, Datum des letzten Freistellungsbescheids) aus der Datenbank des Verbandes. Der Zugang findet sich im Extranet unter Angebote für Mitglieder > Günstig einkaufen > Softwarelösungen und dort hinter dem ersten Abschnitt unter der Überschrift „Informationen zu Stifter helfen“.

www.extranet.paritaet-nrw.org
www.stifter-helfen.de



© Peter Maszlen - Fotolia.com

Der letzte Zivi – Jetzt Plätze für Freiwillige melden!

Mit der Verabschiedung des letzten Zivis in der Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung ging im Dezember 2011 auch im Paritätischen NRW eine Ära zu Ende. Keine Frage, der Wegfall des Zivildienstes hat schmerzhaft Lücken hinterlassen, insbesondere in der Alten- und Krankenpflege. Diese Lücken können auch mittelfristig nicht mit dem bewährten Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) geschlossen werden. „In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie mit Menschen mit Behinderung werden derzeit fast eins zu eins Zivis durch Freiwillige ersetzt, vor allem für junge Frauen scheint das Arbeitsfeld sehr attraktiv zu sein. In der ambulanten und stationären Krankenpflege ist das anders, hier gilt es, kräftig die Werbetrommel zu rühren“, sagt Wilfried Theißen, Fachgruppenleiter Bürgerschaftliches Engagement im Paritätischen NRW. Überhaupt fehlen den Freiwilligendiensten junge Männer und auch bei der Zielgruppe der über 27-Jährigen ist noch viel Luft nach oben.

Einrichtungen und Diensten, die an der Einbindung von Freiwilligen interessiert sind, empfiehlt der Verband, möglichst schnell freie Plätze bei der Paritätischen Gesellschaft Freiwilligendienste NRW zu melden. Die Gesellschaft setzt dann die Vermittlung in Gang. „Schnelles Handeln ist insbesondere deshalb geboten, weil im nächsten Jahr mit einer Kontingentierung der geförderten BFD-Plätze auf deutschlandweit 35 000 zu rechnen ist. Wer da nicht schnell genug ist, kriegt vielleicht keinen Platz mehr finanziert“, so Theißen.

Kontakt: Wilfried Theißen, Telefon: (02 02) 28 22-225, theissen@paritaet-nrw.org

www.freiwilligendienste-nrw.de



Die Pflege als attraktiven Arbeitsplatz positionieren

Eine wertschätzende Mitarbeiterführung, Transparenz sowie eindeutig kommunizierte, klar abgesteckte Zielvorgaben sind Möglichkeiten, wie Pflegeeinrichtungen und Dienste leistungsfähiger und attraktiver für Fachkräfte werden können. Über weitere Ansätze und gelungene Beispiele aus der Praxis haben sich rund 70 Teilnehmer/-innen auf der Fachtagung „Gute Pflege braucht gutes Personal“ in Dortmund ausgetauscht. Die Fachtagung mit Referaten und Workshops bildete den Abschluss des auf zwei Jahre angelegten Projektes „Aktiv für Fachkräftegewinnung in der Pflege“ des Paritätischen NRW (im Bild: die Projektgruppe).

„Wir müssen mit Gesundheitsvorbeugung, leistungsgerechter Bezahlung und nicht zuletzt mit Aufmerksamkeit, Zuwendung und Motivation gegenüber den Pflegekräften deutlich machen, dass sie diejenigen sind, die mit Qualität, Engagement und Herz die eigentlichen Leistungsträger unserer Sozialunternehmen sind“, sagte Cord Wellhausen, Vorsitzender des Landesverbandes des Paritätischen NRW, bei der Veranstaltung. Neben allem Einsatz des Verbandes für angemessene Rahmenbedingungen durch die Politik, lag der Fokus der Fachtagung auf der Positionierung der Pflegeeinrichtungen als attraktive Arbeitgeber.

Die Dokumentation der Tagung finden Sie im Extranet, dem Mitgliederportal des Paritätischen, unter Pflege – Themen – Fachkräfteprojekt – Fachtagung Fachkräftesicherung.

Projektleiter beim Paritätischen NRW:
René Bernards, Telefon: (0 23 23) 14 77 83-13, bernards@paritaet-nrw.org

www.extranet.paritaet-nrw.org



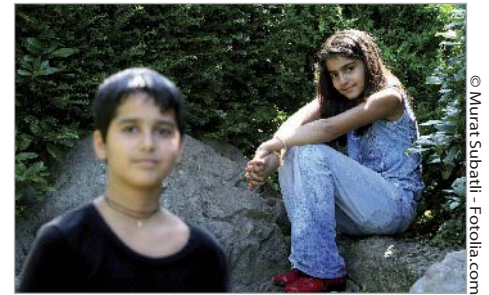
Frauen in Führung: Fortsetzung der Fachtagung im Juli 2012

„Unsere Gesellschaft humpelt auf einem Bein: dem männlichen. Deshalb braucht sie ein Krücke: die Frauenquote“, forderte Bascha Mika (Foto) anlässlich einer Fachtagung des Paritätischen im Juli in Düsseldorf. „Und ist uns das zweite Bein endlich gewachsen, schmeißen wir die Krücke in die Ecke“, führte die streitbare Autorin und frühere Chefredakteurin der taz fort. Unterstützt wurde sie von Elke Schmidt-Sawatzki, stellvertretende Landesvorsitzende des Paritätischen NRW. „Im ersten Schritt brauchen wir die Quote, um Chancen für Frauen zu eröffnen. Und dann müssen Frauen sie auch ergreifen“, so Schmidt-Sawatzki. Unsere Gesellschaft könne es sich nicht leisten, zahlreiche Talente zu verschleudern. Denn Frauen in Führungspositionen spiegeln nicht nur den realen Bevölkerungsanteil wieder, sondern führten auch zu mehr sozialer Kompetenz in den Führungsetagen der Unternehmen, betonte Schmidt-Sawatzki. Frauen müssten endlich lernen, Netzwerke aufzubauen und konsequent zu nutzen, waren sich die rund 130 Teilnehmerinnen der Fachtagung einig. Die Veranstaltung wurde initiiert und durchgeführt vom Paritätischen Bildungswerk.

Für 2012 ist eine ganztägige Open-Space-Veranstaltung mit dem Titel: „Frauen (gehen) in Führung – Strategien und Austausch“ in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle Wuppertal geplant. Ziel der Veranstaltung am 4. Juli 2012 ist, Frauen in ihrer Führungsrolle zu stärken und junge Frauen zu ermutigen, eine Führungsaufgabe zu übernehmen.

Kontakt: Frauke Heitmann,
Telefon: (02 02) 28 22-239,
heitmann@paritaet-nrw.org

www.bildung.paritaet-nrw.org



Junge Flüchtlinge und Flüchtlingskinder einbeziehen

Anlässlich des Weltkindertages fordert die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge NRW (AGJ) die NRW-Landesregierung auf, Flüchtlinge und Flüchtlingskinder als Zielgruppe ihrer Integrationsbemühungen aufzunehmen. Mit dem Entwurf eines Teilhabe- und Integrationsgesetzes beansprucht Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Schneider eine bundesweite Vorreiterrolle in der Integrationspolitik. Der Gesetzesentwurf nimmt allerdings junge Flüchtlinge bisher nicht in den Blick.

Ihnen müssen im Sinne der Chancengleichheit, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben ist, dieselben Rechte zukommen wie allen Kindern und Jugendlichen. Die AGJ appellieren daher an Bund, Länder und Kommunen, die asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Grundlagen zu überprüfen und an die Bestimmungen der Kinderrechtskonvention anzupassen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde mit der Überarbeitung der Arbeitshilfe zum Bildungs- und Teilhabepaket getan. Ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen sollten. Die AGJ fordert daher die Landesregierung auf, die besonderen Lebenslagen junger Flüchtlinge auch im Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW stärker zu berücksichtigen. Zudem empfiehlt sie, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für die Abschaffung oder zumindest eine Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzt.

Die AGJ NRW ist ein Zusammenschluss von landesweiten Freien Trägern der Jugend-, der Jugendsozial- und der Migrationsarbeit. Mitglied ist u. a. das Paritätische Jugendwerk NRW.

www.pjw-nrw.de



Notfallmappe für Menschen mit Demenz im Krankenhaus

Eine Patientin oder ein Patient ist an Demenz erkrankt, nicht auskunftsfähig. Niemand kennt sie oder ihn, niemand weiß, welche Medikamente regelmäßig eingenommen werden oder ob ein chronisches Leiden vorliegt. Trägt sie/er einen Herzschrittmacher, reagiert die Person allergisch? Fragen, die in der akuten Krise für eine Behandlung wichtig sind. Antworten bietet eine neue Notfallmappe für Menschen mit einer Demenzerkrankung, die der Paritätische NRW für den Fall der Einweisung in ein Krankenhaus entwickelt hat. Nach erfolgreicher Testphase in Herdecke wird die Mappe nun auch überregional der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und Betroffenen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Notfallmappe bietet alle wichtigen Informationen auf einen Blick. Sie umfasst die wesentlichen Angaben zur Person, Vorsorgedokumente (Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung), aktuelle Diagnosen und Medikamente sowie Informationen zu Gewohnheiten und pflegerischen Besonderheiten. Entwickelt wurde die Mappe gemeinsam mit Angehörigen, dem Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, der Modell Herdecke Plus AG und der Pflegeberatung der Stadt Herdecke im Rahmen des Projektes „Blickwechsel Demenz. Regional“. Das Projekt wird gefördert von der Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Mappe steht zum Herunterladen im Internet zur Verfügung unter: www.blickwechseldemenz.de Für Betroffene ist sie zudem erhältlich in den örtlichen Geschäftsstellen des Paritätischen NRW.

www.vorort.paritaet-nrw.org



v. li.: Dr. Bernd Zimmer, Barbara Steffens, Dr. Susanne Angerhausen, Elke Harms, Dr. Stefan Schmidt-Troschke

Demenz: Modellprojekte in die Fläche bringen

Krankenhäuser sind mit ihren Versorgungsabläufen in der Regel nicht auf die steigende Zahl von älteren Patientinnen und Patienten eingestellt, die neben ihrer akuten Erkrankung an kognitiven Störungen oder einer Demenz leiden. „Wir brauchen eine bessere Qualität der Versorgung nicht nur in Modellprojekten, sondern flächendeckend. Beispiele zeigen, dass mehr Menschlichkeit im Gesundheitssystem nicht zwingend mit Mehrkosten verbunden sein muss“, brachte es Barbara Steffens, Gesundheitsministerin des Landes NRW in ihrer Rede zur Fachtagung „Menschen mit Demenz im Krankenhaus – Neue Wege in der Versorgung“ auf den Punkt. „Es zeigt sich in unseren Projekten, dass in den Krankenhäusern schon mit relativ kleinen Veränderungen positive Effekte für die Patientinnen und Patienten erreicht werden können“, ergänzte Klaus Bremen, Geschäftsbereichsleiter beim Paritätischen NRW, am 22. November 2011 im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf.

Über 300 Personen diskutierten die vorgestellten Projekte und nutzten die Fachtagung zum intensiven Austausch. Zwei Drittel der Teilnehmer/-innen kamen aus 100 Krankenhäusern in NRW (von ca. 400), ein Drittel aus Institutionen der Wohlfahrtspflege, aus Verwaltungen, von Kranken- und Pflegekassen, von Angehörigenvertretungen und aus Institutionen der Forschung und Beratung. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter hat die Fachtagung gefördert. Veranstaltet wurde sie von der GSP – Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Projekte mbH, einer Projektgesellschaft des Paritätischen NRW.

www.blickwechseldemenz.de



Erstmals selbsthilfefreundliches Krankenhaus ausgezeichnet

Als erstes Krankenhaus in Deutschland erhielt das Klinikum Bielefeld die Auszeichnung des bundesweit tätigen Netzwerks „Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen“. Das Klinikum Bielefeld hat in einem über zweijährigen Arbeitsprozess mit Vertreterinnen und Vertretern aus Selbsthilfegruppen und der Selbsthilfe-Kontaktstelle Bielefeld erreicht, dass die Qualitätskriterien zur Selbsthilfefreundlichkeit konsequent umgesetzt werden. Fachliche Unterstützung erhielt das Klinikum Bielefeld von der Agentur Selbsthilfefreundlichkeit NRW, die landesweit für die Umsetzung des Projektes in Krankenhäusern zuständig ist.

Gründer des Netzwerks Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen sind:

- Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW (GSP-Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Projekte mbH)
- Bundesverband der Betriebskrankenkassen
- Landesverband der BKK NORDWEST
- Nationale Kontaktstelle für Selbsthilfe (NAKOS)
- Institut für Medizinische Soziologie, Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf

Die Aktivitäten des Netzwerks „Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen“ werden auf Bundesebene finanziell gefördert vom BKK Bundesverband und auf Landesebene vom BKK-Landesverband NORDWEST. Träger der Agentur Selbsthilfefreundlichkeit NRW ist die GSP – gemeinnützige Gesellschaft für soziale Projekte mbH des Paritätischen NRW.

www.selbsthilfefreundlichkeit.de

Die Idee der Inklusion fordert eine Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe

Die Würde des Menschen kennt keinen Finanzierungsvorbehalt

Der Paritätische NRW und der Landesverband der Lebenshilfe haben im Herbst 2011 zum ersten Mal gemeinsam zum Parlamentarischen Frühstück in den Düsseldorfer Landtag eingeladen. Thema war die Inklusion und die Zukunft der Behindertenpolitik in NRW. Der Einladung waren zahlreiche Landtagsabgeordnete aller Fraktionen, u. a. die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann, der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Günter Garbrecht (SPD), der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann sowie die sozialpolitische Sprecherin von B90/Die Grünen, Andrea Asch, gefolgt.

Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ist für den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen, wie die Lebenshilfe, die Kernaufgabe einer inklusiven Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei ein wichtiger Meilenstein für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, denen beide Verbände seit Jahrzehnten verpflichtet sind. Das Thema Inklusion ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die in allen Politikfeldern zu berücksichtigen und gleichzeitig sorgfältig anzugehen ist. Dabei gilt es, stets die Würde der betroffenen Menschen im Blick zu behalten.

Würde ist keine Frage des Geldes

Der Landesvorsitzende des Paritätischen NRW Cord Wellhausen appellierte mit Blick auf den Gesetzgebungsprozess der Arbeits- und Sozialminister (ASMK) an die Abgeordneten, ihren Einfluss auf Bundesebene zu nutzen und sich dabei am Geist der UN-Behindertenrechtskonvention zu orientieren. Nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landesebene gelte es, frühzeitig die richtigen politischen

Weichen zu stellen und „die Würde des Menschen nicht unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen“, so Wellhausen. Dies, so verdeutlichte der Landesvorsitzende der Lebenshilfe Wolfgang Schäfer eindringlich, schließt auch die „Wahl zwischen fairen Alternativen“ ein. Sei es bei der Wahl einer Kinderbetreuungseinrichtung oder Schule, beim Arbeitsplatz oder der Wohnung. Wer Inklusion ernst nehme, dürfe nicht in „inklusionsfähige“ und „nicht-inklusionsfähige“ Menschen mit Behinderung einteilen, sondern müsse für jeden ein maßgeschneidertes Angebot vorhalten. Einerseits muss die Entwicklung von inklusiven Konzepten von vorne, bereits im Kindergarten anfangen. Zum anderen müssen aber auch die Erfolge der heute bestehenden Angebote und Leistungen für Menschen mit Behinderung im Blick behalten werden.

Eingliederungshilfe als lebenslanges Menschenrecht

„Personenzentrierte Hilfen“ sind maßgeschneiderte Angebote, die sich am individuellen Bedarf von Menschen mit



Im Landtag (v. li.): Cord Wellhausen, Landesvorsitzender des Paritätischen mit Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg und Wolfgang Schäfer, Landesvorsitzender der Lebenshilfe

Behinderung orientieren. Die Etablierung eines trägerübergreifenden, praktikablen persönlichen Budgets, die Umstellung der Eingliederungshilfe auf personenzentrierte Hilfen, so Schäfer, sei „ein, wenn nicht das zentrale Inklusionsprojekt“, allerdings auch eines der schwierigsten. Ganz wesentlich für Menschen mit Behinderung, das betonte der Landesvorsitzende des Paritätischen, sei es die Eingliederungshilfe zu sichern und dabei die Frage von Zuständigkeiten bei den Kostenträgern nicht auf dem Rücken der Betroffenen zu klären. „Insbesondere bei Menschen mit geistiger Behinderung wird es in den meisten Fällen einen lebenslangen Bedarf an Eingliederungshilfe geben. Das muss auch dann gelten, wenn Menschen mit Behinderung nicht nur älter, sondern dann oft auch pflegebedürftig werden“, so Wellhausen. Es könne nicht sein, dass jemand aus Zuständigkeitsgründen, die zwischen Sozialhilfeträgern und Pflegeversicherung bestehen, gegen seinen Willen in eine andere Wohn- oder Betreuungsform wechseln muss.

Keine kommunalen Einzelbaustellen

Für Zuständigkeiten in einer Hand warb Wellhausen auch im Hinblick auf ambulante und stationäre Hilfen. Die liegt derzeit bei den Landschaftsverbänden und muss bis Mitte 2013 neu geregelt werden. Der Paritätische NRW appelliert hier an die Landespolitik, möglichst früh eine Entscheidung herbeizuführen, um Planungssicherheit für die Einrichtungen herzustellen und keine 54 kommunalen „Einzelbaustellen“ im Land aufzumachen.

Lebenshilfe NRW

Ziel der Lebenshilfe ist die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Familien. Sie setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch mit geistiger Behinderung so selbstständig wie möglich leben kann und dass ihm so viel Schutz und Hilfe zuteilwird, wie er für sich braucht. Der Landesverband der Lebenshilfe ist seit 1991 Mitglied im Paritätischen NRW.



Kontakt:

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband NRW
Abtstraße 21 | 50354 Hürth

Telefon: (0 22 33) 9 32 45- 0 | Fax: - 10
info@lebenshilfe-nrw.de
www.lebenshilfe-nrw.de



Beim Abschlussfest: Jugendliche und Arbeitgeber/-innen, die über das Projekt „Ausbilden ist Zukunft“ zusammengefunden haben.

Neue Lehrstellen für benachteiligte Jugendliche

Praxishandbuch und Checklisten sind nach Ende des Projekts „Ausbilden ist Zukunft“ frei verfügbar

Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel entgegenwirken – das waren die Ziele des Jobstarter-Projekts „Ausbilden ist Zukunft – Paritätische Initiative Pro Ausbildung“. Mehr als drei Jahre unterstützte das Projektteam Unternehmen aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft beim Aufbau von dualen Ausbildungsplätzen. Mit Erfolg: Von 107 derzeit besetzten neu akquirierten Lehrstellen sind mehr als 40 Prozent in erstausbildenden Betrieben entstanden.

Die Annahme, dass gemeinnützige Betriebe oft gar nicht wissen, dass sie selber ausbilden können, hat sich während des Projekts bestätigt. „Viele akquirierte Vereine aus den Regionen Niederrhein und Emscher-Lippe sind als neue Ausbildungsbetriebe zugelassen worden. Die Ausbilder/-innen mussten teilweise noch ihre Ausbildereignungsprüfung ablegen“, berichtet Doris Rix, Projektleiterin und Fachreferentin Arbeit beim Paritätischen NRW. Die Ausbildungschancen von Jugendlichen mit schwierigen Startbedingungen haben sich durch das Projekt deutlich verbessert. Dank unterschiedlicher und auch neuer Berufsbilder (z. B. Gesundheitskaufleute), staatlicher Förderungen sowie intensiver Beratung fanden viele von ihnen eine Lehrstelle und haben somit gute berufliche Perspektiven.

Passgenaue Vermittlung

Da das Projektteam sowohl die Anforderungen der Betriebe, als auch die Profile der Ausbildungsplatzsuchenden sehr gut kannte, war eine passgenaue Vermittlung möglich. Rix: „Es empfiehlt sich, die Jugendlichen während eines Praktikums besser kennen zu lernen. So zeigt sich schnell, ob sie zum Unternehmen passen, pünktlich sind, Interesse und Eigeninitiative zeigen.“ Ausschlaggebend für den Erfolg des Projekts war auch die enge Zusammenarbeit mit den Koope-

rationspartnern RE/init e. V., sci:moers gGmbH und dem SOS-Kinderdorf Niederrhein: Hier trafen gebündeltes Know-how, unterschiedliche Kompetenzen und persönliche Netzwerke aufeinander und ergänzten sich nutzbringend.

Nachhaltigkeit gewährleistet

Im Praxishandbuch und auf der Internetseite „Ausbilden ist Zukunft“ sind die Projektergebnisse dokumentiert, es gibt Arbeitsanleitungen und Checklisten rund um die duale Ausbildung. „Auf diese Weise machen wir unser Wissen und unsere Erfahrungen allen Mitgliedsorganisationen zugänglich – auch über das Projekt-

ende hinaus. Ausbilden ist gar nicht so schwierig, es müssen nur bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt werden. Die zuständigen Kammern beraten vor Ort, die Arbeitsagenturen bewilligen Förderungen. Wenn ein Betrieb ein Praktikum oder einen Ausbildungsplatz passgenau besetzen möchte, kann er auch mit einem paritätischen Bildungsträger kooperieren“, so Rix.

Susanne Stromberg



Ausbilden ist Zukunft – Paritätische Initiative Pro Ausbildung

Zahlen | Daten | Fakten

- Laufzeit: 1. März 2008 bis 31. August 2011
- 935 Erstkontakte zu Einrichtungen und Betrieben aufgenommen
- 131 Unternehmen stellten Ausbildungsplätze zur Verfügung
- 154 Ausbildungsplätze akquiriert
- 107 Ausbildungsplätze sind derzeit besetzt
- 23 unterschiedliche Berufsbilder
- 23 Jugendliche mit Migrationshintergrund fanden eine Lehrstelle
- 12 benachteiligte Jugendliche oder junge Menschen mit Behinderung konnten dank einer Förderung ausgebildet werden



Das Praxishandbuch „Duale Ausbildung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft“ kann auf der Homepage www.ausbilden-ist-zukunft.de heruntergeladen oder bestellt werden bei: Doris Rix (Projektleiterin), Telefon: (0 21 62) 1 50 69, doris.rix@paritaet-nrw.org



Ortstermin in der Freien Alten- und Nachbarschaftshilfe Aachen (v. li.): Georg Schenkelberg (FAUNA), Hermann Zaum (Landesgeschäftsführer Paritätischer NRW), Barbara Steffens, (Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in NRW), Markus Leßmann (Lfd. Ministerialrat MGEPA NRW), Katharina Benner (Fachgruppenleiterin Alter und Pflege Paritätischer NRW)

Den Quartiersgedanken stärken

Verband und Mitgliedsorganisationen treiben den Aufbau von alternativen Wohnmodellen voran

Der Paritätische unterstützt die Stärkung des Quartiersgedanken und begrüßt entsprechende Bestrebungen der Landesregierung. Quartiere familienfreundlich und nachhaltig zu entwickeln ist für den Paritätischen dabei leitend. Um diesen Gedanken umzusetzen braucht es innovative und dauerhafte Angebote für ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen zum Verbleib in ihrem Quartier. Gleichzeitig fordert der Verband gesetzliche Regelungen, die zukunftsweisende und präventive Projekte auch ermöglichen. Wie solche Projekte aussehen können, zeigen aktuelle Beispiele aus der Mitgliedschaft.

Quartiersentwicklung – insbesondere auch in der Pflege – ist die logische Konsequenz aus zwei Tatsachen: Zum einen steigt die Zahl der Pflegebedürftigen und ihre professionelle Versorgung droht die Kapazitäten der Sozialversicherungssysteme zu sprengen. Zum anderen wünschen sich ältere Menschen, möglichst lange im eigenen Zuhause bleiben zu können, auch wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. In Zahlen ausgedrückt: Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gibt es heute 2,3 Mio. Pflegebedürftige, erwartet werden 3,4 Mio. im Jahr 2030. Und obwohl heute immer noch rund zwei Drittel von der Familie zu Hause versorgt werden, gab es in den letzten Jahren einen Trend zur Professionalisierung der Pflege und hier zur stationären Versorgung.

Individualisierung lässt Bedarf steigen

Wo Patchwork- und Single-Haushalte aber traditionelle Familienstrukturen mit überholten Frauenbildern ablösen, ist abzusehen, dass der Bedarf nach Unterstützung von außen weiter wachsen wird. Auch aus ökonomischer Sicht ist das Entwickeln und Stärken von Konzepten sinnvoll, die es älter werdenden Menschen ermöglichen, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu führen. Ganz abgesehen davon, dass es eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist, die alltägliche soziale Teilhabe von älteren und pflegebedürftigen Menschen zu sichern.

Nah am Lebensmittelpunkt

Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen arbeiten deshalb an ambulanten Dienstleistungen sowie alternativen Wohn- und Betreuungsmodellen. 70 ambulante Pflege-Wohngemeinschaften sowie knapp 20 generationsübergreifende Wohn- und zahlreiche Quartiersprojekte versammeln sich unter dem Dach des Paritätischen NRW. So zum Beispiel die Freie Alten- und Nachbarschaftshilfe Aachen (Fauna). Schwerpunkt und Besonderheit ihrer Arbeit ist die Versorgung von demenziell erkrankten Menschen, direkt im eigenen Zuhause oder sehr nah am bisherigen Lebensmittelpunkt. Außerdem versorgt Fauna zwei ambulante Pflege-WGs.

Bei einem Ortstermin in der Fauna würdigte NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens das „zukunftsweisende Versorgungsmodell“ und diskutierte mit Vertreterinnen und Vertretern des Paritätischen über den vom Ministerium initiierten Masterplan Quartier sowie die gesetzliche Basis für die quartiersorientierte Pflege. „Soziale Einrichtungen brauchen die nötigen Freiräume, um den Quartiersgedanken auch praktisch umsetzen zu können. Durch das derzeitige Wohn- und Teilhabegesetz ist der Aufbau von alternativen Wohnmodellen leider ins Stocken geraten“, kritisierte Hermann Zaum, Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW.

Quartiersarbeit wirkt präventiv

Um die Idee vom alters- und familienge-rechten Wohnen im Quartier weiter voranzubringen, hat der Paritätische NRW, gemeinsam mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW) Ende November eine Fachtagung veranstaltet. Ziel war es, regionale Kooperationen zwischen der Offenen Altenarbeit/Pflege und der Wohnungswirtschaft anzustoßen und über gelungene Praxisbeispiele zu informieren. Etwa über das Nachbarschaftshaus Ansgarstraße 5 in Köln. Hier war die Wohnungsgenossenschaft Die Ehrenfelder auf der Suche nach einem Partner, der das geplante Begegnungshaus für ihre Mieter mit Leben füllte. Über den Paritätischen fand sich das Quäker-Nachbarschaftshaus. Zusammen haben sie das Projekt realisiert und seit zwei Jahren versucht das Haus Versorgungslücken in der Nachbarschaft zu schließen, mit Spielgruppen, Gedächtnistrainings, Kochtreffs, diversen Beratungsangeboten und Möglichkeiten zur Mitgestaltung.

Die Macher/-innen verstehen ihr Projekt als Beitrag zu einem alters- und sozial durchmischten Quartier, als auf Eigeninitiative gestützte Gemeinwesenarbeit, die soziale Netzwerke schafft, und damit letztlich als präventiven Ansatz in der Lebensgestaltung und Versorgung von Älteren und Hilfebedürftigen.



Arbeit in der Pflege höher bewerten

Für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld im Pflegesystem hat Guntram Schneider, NRW-Minister für Arbeit, Integration und Soziales, vor rund 100 Teilnehmenden in Rheine argumentiert. Zu der öffentlichen Veranstaltung zur Zukunft der Pflege hatten der Paritätische im Kreis Steinfurt und das Fachseminar für Alten- und Familienpflege Rheine der Caritas eingeladen. | Foto: Minister Guntram Schneider (3. v. r.) mit Norbert Klapper (1. v. l.) und Hans-Peter Metje (2. v. r.), Paritätische Kreis Steinfurt, Petra Berger (3. v. l.) und Bernhard Herdering (2. v. l.), Caritas



Integration: Freie Träger stärken

Beim 5. Integrationskongress des Landes NRW in Solingen waren neben zahlreichen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen auch das Einbürgerungsbüro des Paritätischen sowie die Fachberatung der Migrantenselbstorganisation (Filiz Arslan im Bild links) mit Informationsständen vertreten – und suchten den Dialog mit der Politik. Unter dem Motto „Integration sichert Zukunft und Zusammenhalt“ stellte NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (rechts) das neue Integrations- und Teilhabegesetz vor, das ab 1. Januar 2012 gültig sein und die Kommunen und freien Träger bei ihren Integrationsbemühungen stärken soll.



Interkulturelle Öffnung in der Pflege vorantreiben

Über die Notwendigkeit und die Chancen der interkulturellen Öffnung in der Pflege diskutierte Barbara Steffens, NRW-Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, mit rund 70 Gästen in Mülheim. Zu der Veranstaltung, an der sich viele Migrantinnen und Migranten beteiligten, hatte die Mülheimer Kreisgruppe des Paritätischen NRW eingeladen. | Foto: (v. l.) Ministerin Barbara Steffens und Brigitte Mangen, Vorsitzende des Paritätischen Mülheim



Perspektiven für Langzeitarbeitslose sichern

Auf Einladung des Paritätischen NRW besuchte Guntram Schneider, Landesminister für Arbeit, Integration und Soziales, die RUHRWERKSTATT in Oberhausen. Als Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger für Langzeitarbeitslose ist die Mitgliedsorganisation des Paritätischen vom aktuellen Sparkurs des Bundes in der Arbeitsmarktpolitik unmittelbar betroffen. Beim Termin vor Ort loteten die Beteiligten mögliche Perspektiven eines, vom Paritätischen und der rot-grünen Landesregierung geforderten, sozialen Arbeitsmarktes aus. | Foto: Landesgeschäftsführer Paritätischer NRW Hermann Zaum (1. v. l.), NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (2. v. l.), RUHRWERKSTATT-Geschäftsführerin Birgit Beierling (5. v. r.)



Jugendliche tragen ihre Wünsche in den Landtag

Die vom Paritätischen Jugendwerk NRW (PJW) und vier weiteren landesweiten Trägern der Jugendarbeit getragene Kampagne „Generation Zukunft“ ist mit einer Ausstellung von selbstgestalteten Figuren im Düsseldorfer Landtag zu Ende gegangen. Stellvertretend für die insgesamt 2 000 Teilnehmer/-innen der Aktion überreichten außerdem Jugendliche aus Remscheid und Mönchengladbach ihre Wünsche und Anliegen an die Abgeordneten. | Foto: Dr. Volker Bandelow (PJW-Vorsitzender) im Gespräch mit Andrea Asch (Sozialpolitische Sprecherin der Grünen).



StippVisite: Inklusion ganz konkret

Bei der dritten Ausgabe der Veranstaltungsreihe der Kreisgruppe Bottrop, der StippVisite, diskutierten rund 100 Gäste aus Mitgliedsorganisationen, Politik und Verwaltung mit Betroffenen im Bottroper Spielhaus über Inklusion. Mit dabei u. a. Norbert Killewald, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung (links im Bild). Bei der Veranstaltung konfrontierte ein verlobtes Paar mit Behinderungen auch Vertreter aus der Hotel- und Gaststättenbranche, dem Schulbetrieb und den Jobcentern mit ihren Erfahrungen. Zentrale Erkenntnis: Der praktische Bedarf von Menschen mit Behinderung deckt sich zu selten mit dem, was gesellschaftlichen Strukturen ermöglichen und Fachleute für geboten halten. Hier gilt es, neue Formen der Beteiligung von Betroffenen zu wagen.

Personalia

Der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW trauert um **Gert Schmitz**, der im Alter von 84 Jahren verstorben ist. Schmitz war von 1972 bis 1990 Geschäftsführer des Allgemeinen Krankenhauses Viersen, einer der ältesten Mitgliedsorganisationen des Paritätischen NRW. Er war Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Paritätischen Krankenhäuser und Mitglied im Ehrenrat des Paritätischen NRW. Im Jahr 1993 wurde er Träger der Goldenen Ehrenplakette des Paritätischen Gesamtverbandes. In seiner Heimatstadt Viersen setzte er sich viele Jahre lang für die Interessen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen ein. Der Paritätische NRW dankt ihm für sein großes Engagement und wird sein Andenken in Ehren bewahren.

Nach 31 Jahren hat sich **Marianne Thirok** in die passive Phase der Altersteilzeit verabschiedet. Der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW dankt ihr für ihren leidenschaftlichen Einsatz im Verband und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft im „Unruhestand“. Die Leitung des Bereichs Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Paritätischen NRW übernimmt zum 1. Dezember 2011 **Annette Ruwwe**.



Kurz notiert

Der Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen wurde mit dem Geno Futura AWARD 2011 für seine Sozialen Foren und die im Rahmen dieser Veranstaltungen herausgegebenen Regional-Atlanten ausgezeichnet. Die Themen der Sozialen Foren der letzten Jahre waren: Wirtschaftsmodell Deutschland, Sozialstaat, Alterssicherung, Lohnpolitik, Gesundheits- und Pflegereform.

www.vdk.de/nrw



Mit dem **Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen 2011** hat Gesundheitsministerin Barbara Steffens den Deutschen Kinderschutzbund Aachen für das Projekt „AKisiA“ ausgezeichnet, ein Hilfeangebot für Familien aus Aachen mit Kindern im Alter von sechs bis 18 Jahren, in denen mindestens ein Elternteil psychisch krank ist.

www.kinderschutzbund-aachen.de



Das **Internationale Jazzfestival Viersen** hat sich im Laufe der Jahre zu einer festen Adresse für Freundinnen und Freunde der Jazzmusik entwickelt. Die

Kreisgruppe Viersen des Paritätischen hat auch in diesem Jahr wieder einen Unterstützungsservice für Festivalgäste mit Behinderung angeboten.

www.jazzfestival-viersen.de



Frisch erschienen ist das **Jahresprogramm 2012** des Paritätischen Bildungswerks NRW. Es bietet zahlreiche Fortbildungsangebote zur beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung. Das Programm ist gegliedert in vier Hauptbereiche: Management, Fachliche Qualifizierung, Persönliche Kompetenzen und Klosterseminare.

www.bildung.paritaet-nrw.org



„**Schwer in Ordnung**“ heißt der Film, den das Medienprojekt Wuppertal in Kooperation mit dem Paritätischen NRW und der Barmer Krankenkasse über Jugendliche mit Übergewicht und Adipositas gedreht hat. Zur Premiere kamen rund 200 junge Zuschauer/-innen nach Wuppertal und diskutierten mit der NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens.

www.medienprojekt-wuppertal.de

Aus dem Gesamtverband

- Betreuungsgeld bevorzugt Besserdienende: Paritätischer appelliert, die Geldverschwendung zu stoppen
- Eckpunkte zur Pflegereform: Paritätischer kritisiert Kabinettsbeschluss als vage und mutlos
- Scharfe Kritik des Paritätischen an Plänen der Koalition zur Pflegereform: Verband zeigt sich zutiefst enttäuscht
- Armut auf Rekordniveau: Paritätischer fordert Masterplan zur Armutsbekämpfung
- Grundsicherung im Alter: Paritätischer warnt vor explosiver Zunahme der Altersarmut und fordert Mindestrente
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Paritätischer legt Konzept zur Unterstützung pflegender Angehöriger vor
- Migrantinnenorganisationen kritisieren Benachteiligung von ausländischen Jugendlichen in deutschen Schulen
- Gutscheinsystem gescheitert: Paritätischer fordert grundlegende Reform des Hartz-IV-Bildungspakets
- Langzeitarbeitslosigkeit: Paritätischer warnt vor brutalen sozialen Verwerfungen und fordert einen sozialen Arbeitsmarkt
- Paritätischer kritisiert Ministeriumspläne zur Rentenreform als Farce
- Hartz IV: Paritätischer kritisiert Regelsätze als verfassungswidrig und fordert grundlegende Neugestaltung
- Arbeitsmarktpolitischer Appell: 3 100 Fachleute fordern Bundesregierung zum Kurswechsel auf
- Bleiberecht: Paritätischer fordert Rechtssicherheit für geduldete Flüchtlinge

Diese und weitere Meldungen finden Sie im Detail auf der Internetseite des Paritätischen Gesamtverbandes:

www.der-paritaetische.de/pressebereich

Jubiläen der Mitgliedsorganisationen

50 Jahre DBHW e. V.



50 Jahre Arbeit zur Verhütung von Blindheit und zur Hilfe für Blinde und Sehbehinderte geben dem Deutschen Blindenhilfswerk nicht etwa Anlass, sehnsuchtsvoll in alte bessere Zeiten zu blicken. Im Gegenteil: Die Mitgliedsorganisation des Paritätischen bündelt alle Kräfte und nimmt die Herausforderung an, Blindheit einzudämmen und blinden und sehbehinderten Menschen ein eigenständiges Leben in Würde zu ermöglichen.

www.blindenhilfswerk.de

40 Jahre SPE Mühle e. V.

„Der Mensch ist ein soziales Wesen und benötigt Liebe, Anerkennung, Förderung, Achtung, Unterstützung, Bildung, usw.“. All das versucht die Sozialpädagogische Einrichtung Mühle (SPE Mühle) in

ihre vielschichtige Arbeit seit 40 Jahren mit einzubeziehen. Die Mitgliedsorganisation des Paritätischen NRW hat ihre Wurzeln in der Kinder- und Jugendarbeit und bietet heute ein breites Spektrum von Wohnungsnotfallhilfe über Sozialberatung oder Suchthilfe bis hin zur Trennungs- und Scheidungsberatung.

www.spe-muehle.de

30 Jahre mofa e. V.

Seit mittlerweile 30 Jahren ist mofa – Mobile Hilfen für Behinderte, Alte und ihre Familien im Bereich der ambulanten Pflege und Betreuung tätig. Ziel der Mitgliedsorganisation des Paritätischen ist es, den betreuten Menschen ein eigenständiges Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen bzw. zu erhalten und eventueller Vereinsamung entgegenzuwirken. Im Vordergrund

steht der individuelle Umgang mit den besonderen Lebenssituationen der Menschen.

www.mofa-bielefeld.de

25 Jahre Spix e. V.

Spix ist ein gemeinnütziger Verein von Fachleuten aus der Psychiatrie und anderen Berufen mit dem Ziel, Hilfen da zu bieten, wo sie gebraucht werden: in der eigenen Wohnung, am Wohnort. Die Mitgliedsorganisation des Paritätischen NRW arbeitet partnerschaftlich mit Ärzten, Kliniken, Ämtern, Beratungsstellen und den Angehörigen zusammen. Ziel ist es, ein möglichst selbstständiges Leben, Wohnen und Arbeiten auch bei seelischer Erkrankung zu unterstützen.

www.spix-ev.de



Jubiläen der Kreisgruppen und verbundenen Unternehmen

50 Jahre

Kreisgruppen Bielefeld, Bochum, Düsseldorf und Minden-Lübbecke



2011 war das Jahr der 50-jährigen Jubiläen: Der Paritätische in NRW umfasst 54 Kreisgruppen in 23 kreisfreien Städten und 31 Landkreisen. Vier der Kreisgruppen – Bielefeld, Bochum, Düsseldorf und Minden-Lübbecke – konnten in den vergangenen Monaten bereits ihren 50. Geburtstag feiern.

30 Jahre

Kreisgruppen Remscheid und Warendorf

Auch in Remscheid und Warendorf standen Jubiläen an: Seit 30 Jahren ist der Verband dort mit Kreisgruppen vertreten, die sich um die Belange der örtlichen Mitgliedsorganisationen kümmern. www.vorort.paritaet-nrw.org

40 Jahre

Paritätisches Bildungswerk

Seit 1971 bietet das Paritätische Bildungswerk ein vielfältiges Weiterbildungsprogramm mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit an. Im Bildungsnetz Parität kooperieren das Paritätische Bildungswerk und das Paritätische Familienbildungswerk seit vielen Jahren eng mit mittlerweile rund 240 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen NRW. Getreu dem Leitgedanken „Bildung ist Zukunft“ richtete sich der Blick auf der Jubiläumsfeier am 16. September nach vorn. Zum Jubiläum gratulierten 130



geladene Gäste, u. a. die Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann und der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal Peter Jung. www.bildung.paritaet-nrw.org

25 Jahre

Paritätische Geldberatung

Die Motive für die Gründung der Paritätischen Geldberatung im Jahr 1986 sind heute aktueller denn je: Wegen der Kürzungen öffentlicher Mittel im Sozialen wird es für die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen immer schwieriger, an Darlehen zu gelangen. Bei der Feier anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Geldberatung wurde Cord Wellhausen, Mitglied im Aufsichtsrat der Geldberatung, mit der Silbernen Ehrennadel des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes ausgezeichnet. Auch Bärbel Wotschke vom Vorstand der Geldberatung dankte ihm für die langjährige engagierte Unterstützung (Bild).



www.paritaetischegeldberatung.de

Neu im Paritätischen

21 Organisationen haben sich dem Paritätischen in folgenden Kreisgruppen angeschlossen:

BIELEFELD

- FamilienForum Hand in Hand e. V. (begleitet und unterstützt Familien in den ersten Lebensjahren des Kindes, fördert die Eltern-Kind-Beziehung).

BONN

- Wohnen im Quartier e. V. (Jugend- und Altenhilfe, Bildungsarbeit, Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern).
- Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Bonn gemeinnützige GmbH

DORTMUND

- Mosaik e. V. (Integrative Wohn-, Arbeits- und Lebenskonzepte für benachteiligte Menschen).
- Europäische Gesellschaft zur Förderung von Kunst und Kultur in der Psychiatrie e. V.
- Christopherus-Haus Werkstätten Gottesseggen gemeinnützige GmbH

DÜREN

- Therapiezentrum Düren-Nordeifel gemeinnützige GmbH (Betrieb von Autismus Ambulanz).

DÜSSELDORF

- ENIJE for Africa e. V. (Förderung von Kunst, Kultur und Bildung)

ESSEN

- bzh Essen – Bildungszentrum für hörgeschädigte Menschen gemeinnützige GmbH
- Wurzelkinder Essen e. V. (Kindertagesstätte)

DUISBURG

- NaturAktiv e. V. (Förderung der Umweltbildung/-erziehung).

GELSENKIRCHEN

- Maria Sibylla Merian e. V. (Förderung der emanzipatorischen Jugendhilfe, Bildung/Erziehung/Integrati-on von Mädchen mit und ohne Behinderung).

KLEVE

- Regenbogenkindergarten Rees-Haldern (Tageseinrichtung für Kinder).

KÖLN

- Väter in Köln e. V. (Förderung der Erziehungskompe-tenz).
- Löwenzähnnchen Nippes e. V. (Förderung von Bildung und Erziehung).

MINDEN LÜBBECKE

- AmPäl gemeinnützige GmbH e. V. Selbsthilfe Demenz (Kinder-, Jugend-, Familien- und Behindertenhilfe).

MÜHLHEIM

- PIA Dienstleistungszentrum Arbeit gemeinnützige GmbH (Förderung der beruflichen Bildung sowie der Eingliederung von Arbeitslosen).
- PIA Stadtdienste gemeinnützige GmbH (Förderung der beruflichen Bildung sowie der Eingliederung von Arbeitslosen).

RHEIN-ERFT-KREIS

- CuraCon Rhein-Erft gemeinnützige GmbH (Wohnstät-ten für Menschen mit Behinderung).

UNNA

- Forum Gesundheit gemeinnützige Gesellschaft mbH (Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen).

WESEL

- Kreis der Behinderten und ihre Freunde e. V.

Lauter Leute

Dr. Hans Joachim Blumbach arbeitet seit 35 Jahren beim Deutschen Blindenhilfswerks in Duisburg, seit 2000 ist er Vorstandsmitglied, seit 2005 Vorstandsvorsitzender. Er verantwortet die augenheilkundliche Beratung des Blindenwerks in Afrika und Deutschland. Für seine Verdienste wurde ihm die goldene Ehrennadel des Paritätischen NRW verliehen.

Gerlind Gahlen ist mit der silbernen Ehrennadel des Paritätischen NRW gewürdigt worden. Von 1994 bis 2009 war sie als stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe Recklinghausen tätig. Parallel engagierte sie sich 20 Jahre lang als Mitglied im Förderverein für hör- und hösehbehinderte Menschen im Vest Recklinghausen, von 2008 bis 2009 als Vorsitzende.

Für den besonderen, zwölf Jahre langen Einsatz im Jugendtreff Leer in Horstmar haben jeweils die silberne Ehrennadel des Paritätischen NRW erhalten: **Norbert Hüsing** als für die Finanzen der Mitgliedsorganisation verantwortlicher Geschäftsführer, **Josef Rodine** für seine Leistungen als „Motor“ des Vereins und **Doris Zintl** für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Begegnungsstätte.

Lothar Ihne bringt sich seit 1998 in die Parkinson Selbsthilfegruppe Unna ein, die er von 2002 bis 2010 leitete. Außerdem arbeitet er seit 1996 in der örtlichen Selbst-

hilfegruppe Diabetes. Beide Organisationen hat er mehr als zehn Jahre lang im Behindertenbeirat der Stadt Unna vertreten. Für seinen Einsatz wurde er mit der silbernen Ehrennadel des Paritätischen NRW ausgezeichnet.

Heike Maus ist seit elf Jahren im Vorstand des Deutschen Blindenhilfswerks Duisburg und engagiert sich als Slawistin besonders für die Kontakte und Hilfen des Blindenhilfswerks in Osteuropa. Für ihr Engagement wurde sie mit der silbernen Ehrennadel des Paritätischen NRW ausgezeichnet.

Gabriele Schumann engagiert sich seit vielen Jahren im Bochumer Verein für psychosoziale Betreuung, seit 1989 ist sie dort im Vorstand, seit 1996 als Vorsitzende tätig. Ihr Engagement war entscheidend für die Eröffnung zahlreicher Einrichtungen. Auch für ihr konsequentes Bemühen, Psychiatrie-Themen an die Bochumer Volkshochschule anzubinden, hat sie die silberne Ehrennadel des Paritätischen NRW erhalten.

Angela Siebold ist seit 1985 stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe Bochum des Paritätischen NRW und wurde für ihre besonderen Verdienste um die soziale Arbeit im Verband mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Seit 1997 ist sie Mitglied des Landesvorstands des Paritätischen NRW und darüber hinaus in

Vorständen zahlreicher Vereine ehrenamtlich aktiv, so etwa im Förderverein Interkultur e. V. in Bochum.

Dr. Wolfram Wendenburg ist Gründungsmitglied (1984) der Kontakt- und Krisenhilfe im Ennepe-Ruhr-Kreis und fungierte zunächst als stellvertretender, seit 1987 als Vorsitzender des Vereins. Mit seinem Einsatz hat er wesentlich zum Abbau von Vorbehalten gegenüber der Arbeit mit psychisch Behinderten beigetragen. Für sein Engagement erhielt er die goldene Ehrennadel des Paritätischen NRW.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Loher Straße 7, 42283 Wuppertal, TEL (02 02) 28 22-0, FAX - 110 presse@paritaet-nrw.org | www.paritaet-nrw.org

Verantwortlich: Hermann Zaum

Redaktion: Andrea Büngeler, Annette Ruwwe, TEL -385, Susanne Meimberg, TEL -386.

Gestaltung: Birgit Klewinghaus, TEL -382

Fotos: Seite 4-5 Julia Vogel | Archiv Parität bzw. s. Quellenangabe

Jahresabonnement: 20,- €. Für Mitgliedsorganisationen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck und Vertrieb: OFFSET COMPANY Druckereigesellschaft mbH Arrenberger Straße 100 42117 Wuppertal

FSC Siegel

Sicher Geld anlegen.

Sichern Sie mit uns die soziale Arbeit.

In Kooperation mit der Bank für Sozialwirtschaft bieten wir Finanzierungsberatung für alle, die Geld als soziale Gestaltungsressource sehen. Ihr Geld kommt ausschließlich sozialen Initiativen zugute.



Wir verändern.

In Zukunft investieren.

Paritätische Geldberatung eG

Loher Straße 7, 42283 Wuppertal

Telefon: (02 02) 28 22 -171

geldberatung@paritaet-nrw.org

www.paritaetischegeldberatung.de

Zertifikatskurs:

Koordinator/-in Gerontopsychiatrie

Entwicklung, Umsetzung und Optimierung gerontopsychiatrischer Konzepte in der Pflege

Mit der berufsbegleitenden Weiterbildung zur/zum Koordinator/-in Gerontopsychiatrie wollen wir geeignete Pflegefachkräfte befähigen, spezifische Konzepte zur Pflege und Versorgung von gerontopsychiatrisch erkrankten alten Menschen eigenständig entwickeln und deren Umsetzung und Optimierung in der Einrichtung koordinieren und überwachen zu können.

Fachbezogene Inhalte:

- Historie und Entwicklungen zum Thema Demenz: gesellschaftspolitische Aspekte, Forschung und Stand der Versorgung
- Krankheitsbild und Situation des demenziell veränderten Menschen und seiner Umgebung
- Pflegespezifische Themen: Risikomanagement bei Demenz, Umgebungsgestaltung, Pflegestandards u. a.
- Ausgewählte Pflegemodelle zur Versorgung bei Demenz und deren Anpassung an den Alltag der Organisation, Umsetzungsbeispiele von Konzepten aus der Praxis
- Arbeitsorganisation und Arbeitsablaufplanung

Der erfolgreiche Abschluss wird mit einem Zertifikat bescheinigt. Die Teilnehmenden können Punkte für die freiwillige Registrierung beim DPV (Deutscher Pflegeverband) erwerben. Eine Zertifizierung beim DPV ist beantragt.

Termin: 08. Mai 2012 bis 17. September 2013

Abschlusskolloquium: 12. November 2013

Anmeldeschluss: 27. März 2012

Ort: Düsseldorf

Dozentin: Ursula Jodes-Laßner

Weitere Informationen erhalten Sie bei der zuständigen Bildungsreferentin Dinah Igelski:

Telefon: (02 02) 27 454-12, igelski@paritaet-nrw.org



Dinah Igelski

Viele Wege führen zu uns ... Rufen Sie unsere kostenfreie Service-Nummer an: 0800-2 26 22 22 (montags bis samstags, 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr). Besuchen Sie uns im Internet: www.bildung.paritaet-nrw.org und buchen Sie über das Online-Formular oder per Mail an seminare@paritaet-nrw.org

Wir verändern. Bildung ist Zukunft.